

Beglaubigte Abschrift

Beglaubigte Abschrift Satzung der Firma PWT Wasser - und Abwassertechnik GmbH

§ 1 Firma und Sitz

Die Firma der Gesellschaft lautet:

PWT Wasser- und Abwassertechnik GmbH.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in 64673 Zwingenberg.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind Vertrieb, Planung, Bau und Betrieb von Anlagen aller Art, insbesondere zur Aufbereitung von Trink-, Brauch- und Abwasser aller Art sowie Anlagen zur Aufbereitung von Abfallstoffen und zur Dekontaminierung verunreinigter Feststoffe sowie elektrotechnische Anlagen aller Art, insbesondere Nieder- und Mittelspannungsanlagen und Automatisierungssysteme und alle mit den vorgenannten Tätigkeiten zusammenhängende Bereiche, Dienstleistungen und Techniken sowie der Handel mit Ersatzteilen und Verbrauchsstoffen für diese Anlagen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Sie darf sich ferner an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art im In- und Ausland beteiligen sowie solche Unternehmen gründen oder erwerben.

Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

§ 3 Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 3.000.000,00 €
(in Worten: Drei Millionen Euro).

Das Stammkapital ist eingeteilt in zehn Geschäftsanteile.

Es halten

- | | |
|------------------------------------|--------------|
| a) Herr Dipl. Ing. Rüdiger Böckle: | 12.500,00 € |
| | 2.500,00 € |
| | 105.000,00 € |
| | 60.000,00 € |
| | 180.000,00 € |
| b) Herr Dipl. Ing. Klaus Dickhoff: | 10.000,00 € |
| | 70.000,00 € |

	40.000,00 €
	120.000,00 €
Die Firma International	100.000,00 €
Infrastructure Development	700.000,00 €
Management & Operation	400.000,00 €
Company Ltd.	1.200.000,00 € .

Die bereits bestehenden Geschäftsanteile, wie unter Ziffer I. aufgeführt, sind in Höhe von 2.500,00 €, 12.500,00 €, 10.000,00 € und 100.000,00 € voll einbezahlt;
die weiteren Geschäftsanteile in Höhe von 105.000,00 €, 70.000,00 €, 60.000,00 €, 40.000,00 €, 700.000,00 € und 400.000,00 € waren durch Umwandlung von Rücklagen in Stammkapital gebildet worden, ebenso nunmehr die vertragsgegenständigen neuen Anteile in Höhe von 1.200.000,00 €, 180.000,00 € und 120.000,00 €.

Je 100,00 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

§ 4 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Periode 1. Oktober 2005 bis 31. Dezember 2005 ist ein Rumpfgeschäftsjahr.

§ 5 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeweils zwei von ihnen oder durch einen von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein.

Alleinvertretungsbefugnis und/oder Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB können einzelnen oder mehreren Geschäftsführern oder Prokuristen erteilt werden.

Die Gesellschafter Rüdiger Böckle und Klaus Dickhoff sind kraft Gesellschaftersonderrechts Geschäftsführer der Gesellschaft. Sie vertreten die Gesellschaft jeweils stets allein und sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Sie können als Geschäftsführer nur aus wichtigem Grund abberufen werden. Als wichtige Gründe gelten schwerwiegende Verstöße gegen Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und des Beirates, alle schwerwiegenden Verstöße gegen die Satzung und Geschäftsordnung der Gesellschaft, schwerwiegende Verstöße gegen die Geschäftsführerverträge sowie die Gründe des § 38, 2. Absatz GmbHG. Das Sonderrecht geht nicht auf die Rechtsnachfolger über. Das Sonderrecht ist nicht durch die Geschäftsordnung einschränkbar.

Dieses Sonderrecht kann nur durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung abgeändert werden.

Die Rechte und Pflichten des Geschäftsführers können in einem Geschäftsführerver-

g, für dessen Abschluss die Gesellschafterversammlung zuständig ist, und/oder in
mer von der Gesellschafterversammlung zu beschließenden Geschäftsordnung ge-
regelt werden. Die Geschäftsordnung ist nicht formeller, satzungsmäßiger Bestand-
teil des Gesellschaftsvertrages und kann damit jederzeit durch einen formlosen Be-
schluss der Gesellschafterversammlung geändert werden.

Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Überein-
stimmung mit dem Gesetz und diesem Gesellschaftsvertrag in seiner jeweils gültigen
Fassung sowie den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung zu führen.

Die Geschäftsführung bedarf der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterver-
sammlung zu folgenden Maßnahmen:

1. Maßnahmen in Bezug auf Beteiligungsunternehmen, die für die Gesell-
schaft von grundsätzlicher oder präjudizierender Bedeutung oder von er-
heblicher finanzieller Auswirkung sind, sowie Bestellung und Abberufung
von Geschäftsführern von Tochtergesellschaften;
2. Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage;
3. Erwerb und Gründung anderer Unternehmen;
4. Investitionen, deren Aufwand im Einzelfall den Betrag
von 100.000,00 € übersteigen, und die nicht durch die
bereits genehmigte Jahresplanung oder Projektplanung
abgedeckt sind;
5. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken oder solchen ding-
lichen Rechten, auf welche die Vorschriften des bürgerlichen Rechts für
Grundstücke Anwendung finden, sofern der Wert im Einzelfall 25.000,00 €
übersteigt;
6. Genehmigung der Jahresplanung und Vorausrechnung;
7. Abschluss von Firmentarifverträgen.

Die Gesellschafterversammlung kann der Geschäftsführung widerruflich die Einwilli-
gung zu einem bestimmten Kreis von Geschäften allgemein oder für den Fall, dass
das einzelne Geschäft bestimmten Bedingungen genügt, im voraus erteilen.

§ 6 Gesellschafterversammlung

Innerhalb der ersten sieben Monate eines jeden Geschäftsjahres ist eine ordentliche
Gesellschafterversammlung abzuhalten. Darüber hinaus sind außerordentliche Ge-
sellschafterversammlungen einzuberufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft
erforderlich ist, oder von Gesellschaftern, die mindestens 10% des Stammkapitals
innehaben, verlangt wird. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt
durch die Geschäftsführer in vertretungsberechtigter Anzahl.

Die Einberufung hat durch Übergabeeinschreiben an jeden Gesellschafter mit einer

ist von mindestens 3 Wochen, welche mit dem Tag des Absendens der Einladung beginnt, zu erfolgen. Die Tagesordnung ist der Einladung beizufügen.

Ein Gesellschafter kann sich auf der Gesellschafterversammlung nur aufgrund einer schriftlichen Vollmacht durch einen anderen Gesellschafter oder einen Angehörigen der rechts- oder steuerberatenden Berufe vertreten lassen oder sich des Beistandes einer solchen Person bedienen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel der gesamten Stimmrechte der Gesellschaft vertreten sind. Ist dies nicht der Fall, so ist unverzüglich gem. § 6 Absatz 2 eine neue Gesellschafterversammlung einzuberufen, die dann ohne Rücksicht auf die vertretenden Stimmrechte beschließen kann. Darauf ist in der Ladung hinzuweisen.

Die Gesellschafterbeschlüsse sind - soweit nicht notarielle Beurkundung erforderlich ist - zu protokollieren und von dem Versammlungsleiter zu unterzeichnen. Die Gesellschafter erhalten Abschriften der Gesellschafterbeschlüsse.

§ 7 Gesellschafterbeschlüsse

Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht das Gesetz oder diese Satzung zwingend eine andere Mehrheit vorschreibt.

Die Anfechtung von Gesellschafterbeschlüssen ist nur durch Klageerhebung innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Zugang des Beschlussprotokolls zulässig.

§ 8 Beirat

1. Die Gesellschaft hat einen Beirat. Dieser besteht aus drei, höchstens aus fünf Mitgliedern.
2. Beiratsmitglieder können Gesellschafter oder Dritte sein. Die Beiratsmitglieder werden durch die Gesellschafter wie folgt entsandt: Die Minderheitsgesellschafter, die die in § 3 unter a) und b) bezeichneten Geschäftsanteile ganz oder teilweise halten, ernennen einvernehmlich gemeinsam ein Mitglied des Beirats. Scheidet einer der beiden Minderheitsgesellschafter aus der Gesellschaft aus, steht dem verbleibenden Minderheitsgesellschafter das Entsenderecht fortan allein zu. Die übrigen Mitglieder des Beirats werden durch den Hauptgesellschafter, der die Geschäftsanteile – wie unter § 3 c) aufgeführt – hält, ernannt. Dieses Entsendungsrecht kann nur durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung geändert werden.
3. Die Ernennung zum Mitglied des Beirats erfolgt für vier Jahre. Die Beiratsmitglieder können durch den bzw. die jeweils Entsendeberechtigten jederzeit abberufen werden. An Stelle des abberufenen Mitglieds kann bzw. können der bzw. die bezüglich des ausgeschiedenen Mitglieds Entsendeberechtigten ein Ersatzmitglied gemäß § 8, 2. Absatz entsenden.
4. Der Beirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Scheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter aus, so hat der Beirat

unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen.

5. Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung selbst. Beschlüsse des Beirats werden mit einfacher Stimmenmehrheit der bei der Beschlussfassung vertretenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung die seines Vertreters.
6. Jedes Mitglied des Beirats kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist auch ohne Grund niederlegen. Die Niederlegung ist schriftlich gegenüber dem Vorsitzenden des Beirats oder dessen Stellvertreter zu erklären. An Stelle des ausgeschiedenen Mitglieds kann bzw. können der bzw. die bezüglich des ausgeschiedenen Mitglieds Entsendeberechtigten ein Ersatzmitglied gemäß Absatz 2 entsenden.
7. Der Beirat hat die Aufgabe, die Geschäftsführung durch strategische Beratung zu unterstützen und in den an ihn herangetragenen Einzelfällen zu beraten. Der Beirat hat mit Mehrheitsbeschluss das Recht von den Geschäftsführern Tätigkeitsberichte einzufordern. § 52 Absatz 1 GmbHG und die dort genannten Bestimmungen des Aktiengesetzes sind im übrigen auf den Beirat nicht entsprechend anwendbar.
8. Die Geschäftsführer - oder ein von ihnen namhaft gemachter Vertreter - haben das Recht, an den Sitzungen des Beirates teilzunehmen. Diese finden statt am Sitz der Gesellschaft in deren Geschäftsräumen.
9. § 8, 2. Absatz kann nur durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung abgeändert werden.

§ 9 Jahresabschluss, Gewinnverwendung

Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung nebst Anhang) sowie den Lagebericht innerhalb der gesetzlichen Fristen unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen aufzustellen, zu unterzeichnen und dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Der Jahresabschluss, der Entwurf des Berichtes des Abschlussprüfers, der Lagebericht, sowie ein Vorschlag über die Gewinnverwendung ist den Gesellschaftern mit der Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung zuzuleiten.

Die Auswahl des Abschlussprüfers und dessen Bestellung bedarf eines Gesellschafterbeschlusses. Der Abschlussprüfer soll jeweils vor Ablauf des Geschäftsjahrs gewählt werden, auf das sich seine Prüfungstätigkeit erstreckt.

Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss fest. Sie bestimmt über die Gewinnverwendung, insbesondere darüber, inwieweit der Bilanzgewinn in eine Rücklage eingestellt oder an die Gesellschafter ausgeschüttet wird.

Der ausgeschüttete Gewinn steht den Gesellschaftern entsprechend ihren Geschäftsanteilen zu.

Vorabausschüttungen auf den zu erwartenden Gewinn des laufenden Geschäftsjahres können bereits vor dessen Ablauf beschlossen werden.

10 Abtretung und Belastungen von Geschäftsanteilen

1. Die Abtretung und Belastung von Geschäftsanteilen an bzw. zugunsten von Personen, die nicht bereits Gesellschafter der Gesellschaft sind, bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Stimmen der Gesellschafter gem. § 7, 1. Absatz. Die betroffenen Gesellschafter sind stimmberechtigt und von den Vorschriften des § 181 BGB befreit.
2. Stimmt die Gesellschafterversammlung der Abtretung nicht zu, sind die übrigen Gesellschafter und die Gesellschaft verpflichtet, entsprechend § 10, 4. Absatz den Anteil anzukaufen. Für die Preisfindung gilt § 13 entsprechend.
3. Im Falle der Abtretung an Dritte durch Veräußerungsgeschäft oder Schenkung hat der abtretungswillige Gesellschafter den übrigen Gesellschaftern den Preis und/oder die sonstigen Bedingungen der Abtretung bekannt zu geben.
4. Soweit die Abtretung nach § 10, 1. Absatz zustimmungspflichtig ist, steht den Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht an dem abzutretenden Geschäftsanteil oder Teilen im Verhältnis ihrer Beteiligungen quotale zu.

Wollen einzelne oder alle Gesellschafter ihr Vorkaufsrecht nicht ausüben, steht dies unter Beachtung des § 30 GmbHG der Gesellschaft bzw. einem von der Gesellschaft zu benennenden Dritten ganz oder teilweise zu.

Hierüber beschließt die Gesellschafterversammlung.

Die Erklärungsfrist für die Ausübung des Vorkaufsrechts beträgt einen Monat ab Kenntnis der Bedingungen gemäß § 10, 2. Absatz.

5. Verbleibt bei der Ausübung des Vorkaufsrechts ein unteilbarer Spitzenbetrag, entscheidet die Gesellschafterversammlung, wem dieser Spitzenbetrag zum Erwerb anzubieten ist.
6. Im Fall der Ausübung des Vorkaufsrechts gem. Absatz 3 des § 10 hat die Abtretung des Geschäftsanteils binnen eines Monats nach Abgabe der Erklärung gemäß Ziffer 3 des § 10 zu erfolgen. Die Gesellschafter, die Gesellschaft und der abtretungswillige Gesellschafter sind verpflichtet, alle Erklärungen abzugeben bzw. Handlungen vorzunehmen, die erforderlich sind, damit das Vorkaufsrecht ordnungsgemäß ausgeübt werden kann.
7. Soweit die gem. Absatz 2 des § 10 mitgeteilten Bedingungen keinen Preis für die abzutretenden Geschäftsanteile enthalten, gilt für die Ermittlung des Übernahmepreises § 13 der Satzung.
8. Bei Abtretung von Geschäftsanteilen durch die Gründungs- Gesellschafter Böckle oder Dickhoff räumen diese sich jeweils gegenseitig ein Vorkaufsrecht bis zur Höhe von 12,5% am Gesamtstammkapital hinsichtlich des zur Frage stehenden Geschäftsanteils ein. Die Abtretung bedarf nicht der Zustimmung durch die Gesellschafterversammlung. Der Preis und/oder die sonstigen

Bedingungen der Abtretung muss den übrigen Gesellschaftern nicht bekannt gegeben werden.

§ 11 Einziehung

Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist zulässig.

Sie wird mit Zugang des Einziehungsbeschlusses an den betreffenden Gesellschafter wirksam.

Die Zwangseinziehung von Geschäftsanteilen eines Gesellschafters erfolgt durch Beschluss der Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit. Der betroffene Gesellschafter ist bei dem Einziehungsbeschluss stimmberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Zwangseinziehung ist nur zulässig, wenn:

1. der Gesellschafter einen Geschäftsanteil durch Veräußerungsvertrag oder unentgeltlich an Dritte abgetreten hat, ohne dass zuvor die Bedingungen des § 10 erfüllt worden sind,
2. der Geschäftsanteil von dem Gesellschafter, ohne zuvor die Bedingungen des § 10 Abs. 1 zu erfüllen, verpfändet, zur Sicherheit übereignet, mit einem Nießbrauch belastet oder von einem Gläubiger des Gesellschafters gepfändet oder sonst wie in diesen vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von zwei Monaten aufgehoben wird,
3. über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder der Gesellschafter die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat oder zur Abgabe auf gefordert wird,
4. der Gesellschafter Auflösungsklage erhebt oder seinen Austritt aus der Gesellschaft erklärt,
5. in der Person des Gesellschafters ein wichtiger Grund vorliegt, der seine Ausschließung aus der Gesellschaft rechtfertigt.

Steht ein Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, so ist die Zwangseinziehung gem. Absatz 2 des § 11 auch zulässig, wenn deren Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.

Für die Ermittlung des Entgeltes für den eingezogenen oder übertragenen Geschäftsanteil gilt § 13.

Der Einziehungsbeschluss ist innerhalb von sechs Monaten nach Kenntnis der das Einziehungsrecht auslösenden Umstände zu fassen.

Die vorstehend in diesem Paragraphen getroffenen Regelungen können nur durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung abgeändert werden.

§ 12 Erbfolge, Vermächtnis

Verstirbt ein Gesellschafter, so kann die Gesellschaft mit seinen Erben oder Vermächtnisnehmern fortgesetzt werden.

Zur Durchführung der Erbauseinandersetzung kann ein Geschäftsanteil auch ohne Zustimmung der Gesellschaft geteilt werden, wenn der Abtretungsempfänger zu dem in Absatz 1 genannten Personenkreis gehört.

Mehrere Rechtsnachfolger haben ihre Rechte und Pflichten der Gesellschaft gegenüber durch einen gemeinschaftlichen Vertreter oder durch einen Testamentsvollstrecker erfüllen zu lassen. Solange ein gemeinsamer Bevollmächtigter nicht bestellt ist, ruhen die Gesellschaftsrechte mit Ausnahme des Gewinnbezugsrechts. Der Bevollmächtigte muss als Angehöriger der rechts- oder steuerberatenden Berufe der Berufsverschwiegenheit verpflichtet sein, wenn er nicht selbst Miterbe ist.

Wenn im Todesfälle eines Gesellschafters hinsichtlich des Geschäftsanteiles bzw. Teiles hiervon als Rechtsnachfolger Personen berufen sind, die nicht bereits Gesellschafter sind, so ist der (sind die) restlich verbliebene(n) Gesellschafter berechtigt, den Geschäftsanteil bzw. Teile hiervon im Verhältnis ihrer Beteiligungen an der Gesellschaft zu übernehmen. Der (die) übernahmewillige (n) Gesellschafter hat (haben) den Erben binnen 3 Monaten, gerechnet vom Tag des Ablebens des Gesellschafters, die Übernahme des Geschäftsanteiles mittels eingeschriebenen Briefes anzuzeigen. Die Rechtsnachfolger sind im Falle der Geltendmachung des Übernahmerechtes verpflichtet, den entsprechenden Geschäftsanteil an den oder die Übernahmeberechtigten abzutreten.

Sollten die Vertragsparteien hinsichtlich des Abfindungswertes kein Einvernehmen erzielen, hat die Ermittlung des Abfindungswertes des Geschäftsanteiles gemäß § 13 der Satzung zu erfolgen.

Die Bezahlung des Abfindungspreises ist innerhalb von 3 Monaten, gerechnet von der notariellen Beurkundung des Abtretungsvertrages fällig. Im Verzugsfalle gelten Verzugszinsen als einvernehmlich vereinbart, die 4% über der dann gültigen EURO Interbankrate (EURIBOR) für Drei-Monatsgelder liegen. Der Geschäftsanteil geht erst mit vollständiger Zahlung des Abfindungspreises auf den Übernehmer über.

Die vorstehend in diesem Paragrafen getroffenen Regelungen können nur durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung abgeändert werden.

§ 13 Bewertung

Soweit nach diesem Gesellschaftsvertrag eine Bewertung von Geschäftsanteilen statt zu finden hat und ein Gesellschafter abzufinden ist, gilt folgendes:

Maßgebend für die Ermittlung des Abfindungsguthabens ist der Unternehmenswert der Gesellschaft, der auf der Grundlage des Ertragswertverfahrens gemäß dem IDW Standard „Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen IDW ES 1 n.F.“ des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer (HFA) vom 09.12.2004 mit folgender Maßgabe zu ermitteln ist:

Das Ziel der Bewertung ist die Abfindung ausscheidender Gesellschafter unter der Maßgabe der Unternehmensfortführung (going concern). Basis ist demzufolge der nach den jeweils zum Stichtag geltenden Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Gewinn unter Berücksichtigung der Steuern im Sinne des Punktes 4.4.1.3 „Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen IDW ES 1 n.F.“ Dabei sind, soweit eine entsprechende Anzahl Geschäftsjahre bereits abgelaufen ist, die letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002/2003 (1. Oktober 2002 bis 30. September 2003), andernfalls die bis zum Stichtag abgeschlossenen Geschäftsjahre, zugrunde zu legen und einheitlich zu gewichten, so dass das Ergebnis dem einfachen Durchschnitt des entsprechenden vorangeführten Jahresgewinns über die berücksichtigten Jahre entspricht. Der für die Ermittlung des Unternehmenswertes zugrunde zu legende Kapitalisierungszinssatz setzt sich aus der variablen Komponente Basiszinssatz und der festen Komponente Risikozuschlag zusammen. Der Risikozuschlag wird auf 6,5% festgelegt. Als Basiszinssatz wird die zum Bewertungsstichtag ermittelte langfristig erzielbare Rendite öffentlicher Anleihen herangezogen. Bei einem so ermittelten Basiszinssatz von 3,5% beträgt der der Bewertung zugrunde zu legende Kapitalisierungszinssatz 10%. Der Abfindungswert ergibt sich aus dem so ermittelten Unternehmenswert durch Multiplikation mit dem Prozentsatz des Geschäftsanteils, der abgefunden werden soll.

Änderungen des nach den vorstehenden Grundsätzen ermittelten Wertes oder der ihm zugrundeliegenden Werte durch die Finanzverwaltung, insbesondere im Rahmen einer Betriebsprüfung, bleiben auf die Höhe des Abfindungsguthabens ohne Auswirkung.

Das Abfindungsguthaben ist dem ausscheidenden Gesellschafter innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach dem Ausscheiden auszuzahlen. Die Auszahlung ist auch in Teilbeträgen innerhalb der Frist zulässig. Bei Auszahlungsverzug ist der jeweils ausstehende Betrag des Abfindungsguthabens mit 2% p.a. über der dann gültigen EURO Interbankrate (EURIBOR) für Drei-Monatsgelder zu verzinsen.

Kommt es zwischen den Gesellschaftern zu keiner Einigung über die Höhe des Abfindungsguthabens, so entscheidet ein auf Antrag eines Beteiligten durch den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer am Sitz der Gesellschaft zu benennender Sachverständiger als Schiedsgutachter, der auch über die Kosten seiner Inanspruchnahme entsprechend den Bestimmungen der §§ 91 ff. ZPO zu befinden hat, für alle Beteiligten endgültig. Der Sachverständige muss Angehöriger der wirtschaftsprüfenden Berufe sein.

Die vorstehend in diesem Paragraphen getroffenen Regelungen können nur durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung abgeändert werden.

§ 14 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur im Bundesanzeiger veröffentlicht.

§ 15 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung unwirksam sein oder werden, so wird die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die betreffende Bestimmung ist durch eine wirksame zu ersetzen, die dem von

den Parteien angestrebten rechtlichen oder wirtschaftlichen Zweck möglichst nahe kommt.
Das gleiche gilt, wenn bei Durchführung des Gesellschaftsvertrages eine ergänzungsbedürftige Lücke offenbar wird.

Notarielle Bescheinigung

Es wird bescheinigt, dass die geänderten Bestimmungen der vorstehenden Satzung mit dem Beschluss vom 8. Mai 2007 über die Änderung des Gesellschaftsvertrages, meine UR-Nr. 57/2007, und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Handelsregister eingereichten vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrages übereinstimmen.

Zwingenberg, den 3. Juli 2007

Ger. Drandt
Notarin

L.S.

Die wörtliche Übereinstimmung vorstehender Fotokopie mit dem mir heute vorgelegten Original beglaube ich.

I certify that the wording of the photocopy is same as the original document, submitted today to me.

Zwingenberg, 7. August 2007 / 7th August 2007.


Notarin



Die wörtliche und vollständige Übereinstimmung dieser Fotokopie mit
der mir vorliegender Urschrift beglaubige ich hiermit.

Bensheim, den 7. April 2016



Notar

A handwritten signature in black ink, written over the word 'Notar'.

-910 E 2/R

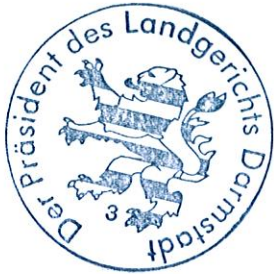
Die Echtheit vorstehender Unterschrift der/des

Helena Fuchs-Fuchs in Baierlein

und die Echtheit des beigedruckten Dienststempels/
-siegels werden hiermit bestätigt. Zugleich wird be-
scheinigt, dass die/der Vorgenannte zur Vornahme
der Amtshandlung befugt war.

Geb. Verz. Nr. 1310 JVKostG: 20,00EUR

Darmstadt, den **11. APR. 2016**
Der Präsident des Landgerichts



Im Auftrag

Junker

Junker

Richterin am Landgericht



Kopje e noterizuar

Kopje e noterizuar

Statuti i firmës PWT Wasser – und Abwassertechnik GmbH

§ 1 Emërtimi dhe selia

Shoqëria vepron nën emërtim

PWT Wasser – und Abwassertechnik GmbH

Selia e Shoqërisë është në adresën 64673 Zwingenberg.

§ 2 Objekti i aktivitetit të shoqërisë

Objekti i aktivitetit të shoqërisë është shitja, planifikimi, ndërtimi dhe operimi i impianteve të të gjitha llojeve, veçanërisht trajtimi i ujit të pijshëm, ujit të konsumit dhe ujërave të zeza të të gjitha llojeve si dhe impiante për trajtimin e mbetjeve dhe për dekontaminimin e sedimenteve të ndotura si dhe impiantet elektro-teknike të të gjitha llojeve, veçanërisht impiantet e tensionit të mesëm dhe të ulët dhe të sistemeve të automatizuara si dhe të gjitha fushat e tjera, shërbimet dhe teknikat që lidhen me aktivitetet e përmendura më sipër si dhe tregtinë e pjesëve të këmbimit dhe substancave të konsumit për këto impiante.

Shoqëria gjithashtu mund të kryejë edhe aktivitete të tjera përsa kohë këto aktivitete i shërbejnë qëllimit të shoqërisë.

Ajo gjithashtu mund të blejë aksione të shoqërive të tjera që kanë natyrë të njëjtë ose të përafërt me të, qofshin këto brenda apo jashtë vendit, si dhe ajo ka të drejtën të themelojë apo të blejë shoqëri të tilla.

Ajo gjithashtu gëzon të drejtën të themelojë degë të tjera.

§ 3 Kapitali themeltar

Kapitali themeltar i kësaj shoqërie ka vlerën 3.000.000,00 € (me fjalë: tre milionë Euro).

Kapitali themeltar është i ndarë në dhjetë aksione.

Të zotëruara nga

- a) Z. Dipl. Ing. Ruediger Boeckle: 12.500,00 €
2.500,00 €



	105.000,00 €
	60.000,00 €
	180.000,00 €
b) Z.Dipl. Ing. Klaus Dickhoff:	10.000,00 €
	70.000,00 €
	40.000,00 €
	120.000,00 €
c) Kompania International	100.000,00 €
Infrastructure Development	700.000,00 €
Managment & Operation	400.000,00 €
Company Ltd.	1.200.000,00 €.

Aksionet ekzistuese të shoqërisë, si janë pasqyruar në numrin I., janë depozituar plotësisht në vlerat 2.500,00 €, 12.500,00 €, 10.000,00 € dhe 100.000,00 €;
 Aksionet e tjera në vlerat 105.000,00 €, 70.000,00 €, 60.000,00 €, 40.000,00 €, 700.000,00 € dhe 400.000,00 € janë formuar nga konvertimi i rezervave financiare në kapital themeltar, tashmë edhe aksionet e reja që janë objekt i kontratës në vlerat 1.200.000,00 €, 180.000,00 € dhe 120.000,00 €.

Për çdo 100,00 € të një aksioni lind e drejta për një votë.

§ 4 Kohëzgjatja e shoqërisë, viti fiskal

Shoqëria themelohet për një periudhë të pacaktuar.

Si vit fiskal llogaritet viti kalendarik. Periudha 1. Tetor 2005 deri më 31. Dhjetor 2005 është një vit fiskal jo i plotë.

§ 5 Drejtimi i shoqërisë

Shoqëria ka një ose më shumë drejtues. Nëse ka disa drejtues atëherë shoqëria përfaqësohet nga dy prej tyre ose nga njëri prej tyre së bashku me një përfaqësues ligjor. Nëse shoqëria ka vetëm një drejtues atëherë ai përfaqëson i vetëm shoqërinë.

E drejta e përfaqësimit i vetëm dhe/ose çlirimi nga kufizimet e § 181 BGB mund ti kalojnë njërit ose disa prej drejtuesve dhe përfaqësuesve ligjorë.

Aksioneri Rüdiger Böckle dhe Klaus Dickhoff janë drejtues të shoqërisë me të drejta të veçanta. Secili prej tyre mund ta përfaqësojë i vetëm shoqërinë dhe janë të çliruar nga kufizimet e § 181 BGB. Ata mund të thirren si drejtues të shoqërisë vetëm për arsye madhore. Arsye madhore konsiderohen shkeljet e rënda të vendimeve të asamblesë së shoqërisë dhe të bordit këshillimor, të gjitha shkeljet e rënda të statutit dhe procedurave rregulatore të



shoqërisë, shkeljet e rënda të marrëveshjes mbi drejtimin e shoqërisë si edhe arsyet e § 38, paragrafi 2. E drejta ekskluzive nuk i kalon pasuesit ligjor. E drejta ekskluzive nuk mund të hiqet nga rregullat procedurale.

Kjo e drejtë ekskluzive mund të ndryshohet vetëm me vendim unanim të asamblesë së aksionerëve.

Të drejtat dhe detyrimet e drejtuesit të shoqërisë rregullohen me anë të një marrëveshje për realizimin e të cilës mban përgjegjësi asambleja e aksionerëve, dhe/ose me anë të një rregulloreje procedurale për të cilën gjithashtu vendos asambleja e aksionerëve. Rregullorja procedurale nuk është pjesë formale, statutore e memorandumit të shoqërisë dhe për rrjedhojë ajo mund të ndryshohet në çdo moment nga një vendim informal i mbledhjes së aksionerëve.

Drejtnesit e shoqërisë janë të detyruar, t'i kryejnë transaksionet e shoqërisë në përputhje me ligjin dhe me memorandumin në fuqi të shoqërisë si dhe duke respektuar vendimet e mbledhjes së aksionerëve.

Bordit drejtues i nevojitet miratimi paraprak i mbledhjes së aksionerëve për masat e mëposhtme:

1. Masat që lidhen me shoqëritë aksionere, të cilat janë thelbësore dhe vendimtare për shoqërinë apo kanë domethënie financiare të konsiderueshme, si dhe masat që lidhen me emërimin apo revokimin e drejtuesve të shoqërive simotra;
2. Thirrja për depozitime në stokun fillestar të kapitalit;
3. Blerja dhe themelimi i ndërmarrjeve të tjera;
4. Investimet, vlera e të cilave në secilin rast e kalon vlerën prej 100.000,00 €, dhe që nuk janë mbuluar nga planifikimi vjetor apo planifikimi i aprovuar i projektit;
5. Blerje, shitje dhe barra e pronave apo të drejta të tilla mbi pronën, mbi të cilat veprojnë rregullimet e të drejtës civile mbi pronën, përse kohë vlera në secilin rast e kalon 25.000,00 €;
6. Aprovimi i planifikimit vjetor dhe përlllogaritja në avancë;
7. Mbylljen e marrëveshjeve tarifore të firmës.

Mbledhja e Aksionerëve duhet të japë miratimin e saj për rrjete të caktuara filialesh ose për filiale të veçanta në rastet kur disa kushte janë revokuar paraprakisht nga Bordi.



§ 6 Mbledhja e aksionerëve

Brenda shtatë muajve të parë të çdo viti fiskal duhet të organizohet mbledhja e radhës e aksionerëve. Përveç kësaj mund të kërkojen edhe mbledhje të jashtëzakonshme të aksionerëve nëse kjo do të ishte e nevojshme për interesat e shoqërisë ose nëse kjo mbledhje kërkohet nga ata aksionerë të cilët zotërojnë të paktën 10 % të kapitalit themeltar. Thirrja e asamblesë së aksionerëve bëhet nga presidenti i shoqërisë në numër përfaqësie.

Thirrja e asamblesë duhet të bëhet me anë të një ftese me shkrim drejtuar çdo aksioneri në një afat kohor prej të paktën 3 javë, afat i cili fillon me datën e dërgimit të ftesës. Ftesës duhet ti bashkëngjitet axhenda e takimit.

Vetëm me anë të një prokure me shkrim, një aksioner mund të përfaqësohet nga një aksioner tjetër apo nga një person tjetër, profesioni i të cilit lidhet me konsulencën ligjore dhe financiare apo i cili ndihmon një person të tillë.

Asambleja e aksioneve ka të drejtën e vendimmarrjes, nëse janë përfaqësuar të paktën tre të katërtat e të gjithë personave me të drejtë vote. Në rast të kundërt sipas § 6 paragrafi 2 duhet thirrur pashmangshmërisht një takim i ri i aksionerëve në të cilin më pas mund të merret një vendim pa marrë në konsideratë numrin e personave me të drejtë vote të përfaqësuar në takim. Kjo duhet të bëhet me dije edhe në ftesën përkatëse të takimit.

Vendimet e aksionerëve – përsa kohë nuk kërkohet deklaratë noteriale - duhet të protokollohen dhe të firmosen nga drejtuesi i takimit. Aksionerët pajisen me kopje të vendimeve të aksionerëve.

§ 7 Vendimet e aksionerëve

Vendimet e aksionerëve merren me shumicë të thjeshtë të votave përsa kohë ligji apo ky statut nuk kërkon një shumicë tjetër.

Kundërshtimi i vendimeve të aksionerëve bëhet vetëm përmes ankimimit të vendimit në fjalë brenda një afati kohor prej dy muajsh pas marrjes së protokollit të vendimit.

§ 8 Këshilli konsultativ

1. Shoqëria ka një këshill konsultativ. Ai përbëhet nga tre, maksimalisht nga katër anëtarë.
2. Anëtarët e këshillit konsultativ mund të jenë aksionerë ose palë e tretë. Anëtarët e këtij këshilli emërohen nga aksionerët si më poshtë: aksionerët e minorancës që gëzojnë plotësisht apo pjesërisht aksionet e specifikuar në § 3 në pikat a) dhe b), emërojnë së bashku me konsensus një anëtar të këshillit konsultativ. Nëse një nga dy aksionerët e minorancës shkëputet nga shoqëria, atëherë e drejta e emërimit i kalon aksionerit të mbetur të minorancës, i cili në këtë rast e gëzon i vetëm këtë të drejtë. Anëtarët e mbetur të këshillit konsultativ emërohen nga aksioneri kryesor, i cili gëzon aksionet siç është specifikuar nën § 3 c). Kjo e drejtë delegimi mund të ndryshohet vetëm me vendim unanim të asamblesë së aksionerëve.



3. Emërimi i anëtarëve të këshillit konsultativ bëhet për katër vjet. Anëtarët e këshillit konsultativ mund të thirren në çdo kohë nga personat respektivë që gëzojnë të drejtën e emërimit. Në vend të anëtarit të thirrur, personi që gëzon të drejtën e emërimit për anëtarin e tërhequr mund të dërgojë një anëtar zëvendësues, kjo sipas § 8, paragrafi 2.
4. Këshilli konsultativ zgjedh drejtuesin dhe zëvendësuesin e tij. Nëse drejtuesi apo zëvendësuesi i tij dorëhiqet, këshilli duhet të organizojë menjëherë zgjedhjet për zëvendësimin e tij.
5. Këshilli konsultativ nxjerr vetë një rregullore. Vendimet e këshillit konsultativ merren me shumicë të thjeshtë të votave të personave që janë prezent në procesin e marrjes së vendimit. Nëse kemi vota të barabarta atëherë vota e kryetarit është ajo që vendos, në rast pengese nga ana e tij, vendimtare është vota e përfaqësuesit të tij.
6. Çdo anëtar i këshillit mund të japë dorëheqjen, edhe pa arsye, duke respektuar një afat kohor njoftimi prej katër javësh. Kërkesa për dorëheqje duhet të bëhet me shkrim dhe duhet ti dorëzohet kryetarit të këshillit ose zëvendësit të tij. Sipas paragrafit 2, personi që ka të drejtën për të dërguar dikë tjetër në vend të anëtarit të tërhequr mund të dërgojë një anëtar zëvendësues.
7. Këshilli konsultativ ka për detyrë të mbështesë organin drejtues të shoqërisë me konsulencë strategjike si dhe ta këshillojë atë për raste individuale. Këshilli konsultativ me vendim të shumicës gëzon të drejtën ti kërkojë presidentit të shoqërisë raporte mbi aktivitetin e tij. § 52 paragrafi 1 GmbHG si dhe përcaktimet e tjera të aktit ligjor nuk kanë efekt mbi këshillin konsultativ.
8. Presidentët e shoqërisë – ose një person i emëruar nga ata si përfaqësues – kanë të drejtë të marrin pjesë në takimet e këshillit konsultativ. Këto takime zhvillohen në zyrat e selisë së shoqërisë.
9. § 8, paragrafi 2 mund të ndryshohet vetëm me vendim unanim të asamblesë së aksionerëve.

§ 9 Mbyllja e vitit, destinimi i fitimit

Presidentët duhet të përgatisin, të nënshkruajnë dhe të dorëzojnë për verifikim tek auditi, brenda afateve ligjore dhe duke respektuar direktivat ligjore, mbylljen e vitit (bilancin dhe pasqyrën e të Ardhurave dhe Shpenzimeve së bashku me shënimet shpjeguese) si dhe raportin vjetor. Mbyllja e vitit, draft raporti i auditit, raporti vjetor si dhe një sugjerim për destinimin e fitimit duhet t'i dorëzohet aksionerëve së bashku me ftesën për asamblenë e rradhës.

Përzgjedhja e personit auditues dhe emërimi i tij duhet të bëhet me vendim të aksionerëve. Personi auditues duhet të zgjidhet para mbylljes së fitit fiskal gjatë të cilit bëhet edhe procesi verifikues. Asambleja e aksionerëve përcakton mbylljen e vitit. Ajo vendos për mënyrën sesi



do të përdoret fitimi, veçanërisht për sa i përket çështjes nëse fitimi i bilancit do të kalojë në një fond rezervë apo do t'i shpërndahet aksionerëve.

Shpërndarja e fitimit midis aksionerëve bëhet respektivisht sipas aksioneve që zotëron secili.

Për shpërndarjen në avancë të fitimit të pritur për fitin fiskal aktual mund të vendoset para mbylljes së vitit fiskal aktual.

§ 10 Transferimi dhe tërheqja e aksioneve

1. Transferimi dhe tërheqja e aksioneve tek ose për të mirë të personave që nuk janë aksionerë të shoqërisë bëhet me aprovim të shumicës së votave të aksionerëve sipas § 7, paragrafi 1. Aksionerët e prekur kanë të drejtën e votës dhe janë të çliruar nga direktiva § 181 BGB.
2. Nëse asambleja e aksionerëve nuk e aprovon transferimin atëherë aksionerët e tjerë dhe shoqëria sipas § 10, paragrafi 4 janë të detyruar të blejnë aksionet në fjalë. Përcaktimi i çmimit bëhet sipas § 13.
3. Në rast transferimi tek një palë e tretë duke i shitur apo dhuruar aksionet, aksioneri që me dëshirë tërhiqet nga aksionet e tij duhet t'i bëjë me dije aksionerëve të tjerë çmimin dhe/ose kushtet e tjera të transferimit.
4. Përsa kohë sipas §10, aprovimi i transferimit është i detyrueshëm, aksionerët kanë të drejtën e parablerjes në mënyrë proporcionale sipas aksioneve që ata zotërojnë, të aksioneve që do të transferohen ose pjesëve të aksioneve që do të transferohen.

Nëse njëri apo të gjithë aksionerët vendosin të mos e ushtrojnë të drejtën e tyre të parablerjes, duke marrë në konsideratë § 30 GmbHG të shoqërisë kjo e drejtë plotësisht ose pjesërisht i kalon shoqërisë ose një pale të tretë pjesë e shoqërisë.

Për këtë vendos asambleja e aksionerëve.

Afati për deklarimin e të drejtës së parablerjes është një muaj nga momenti kur bëhen të ditura kushtet sipas § 10, paragrafi 2.

5. Nëse nga ushtrimi i të drejtës së parablerjes mbetet një shumë e pandarë, atëherë asambleja e aksionerëve vendos se kujt do ti ofrohet për blerje kjo pjesë.
6. Në rast të ushtrimit të së drejtës së parablerjes sipas paragrafit 3 të §10, transferimi i aksioneve duhet të bëhet brenda një muaji pas dhënies së deklaratës sipas numrit 3 të § 10.

Aksionerët, shoqëria dhe aksioneri që po lëshon me dëshirë aksionet e tij janë të detyruar të bëjnë të gjitha deklaratat dhe të ndërmarrin të gjitha veprimet e nevojshme në mënyrë që e drejta e parablerjes të ushtrohet në përputhje me rregullat.



7. Përsa kohë sipas kushteve të përcaktuara në paragrafin 2 të § 10, nuk ka një çmim për aksionet që do të transferohen, përcaktimi i çmimit të blerjes bëhet sipas § 13 të statutit.
8. Në rastin kur kalimi i aksioneve bëhet tek aksionerët themelues Böckle apo Dickhoff lejohet një e drejtë parablejeje respektivisht deri në 12,5 % në kapitalin total themeltar në lidhje me aksionet që janë në diskutim. Transferimi i aksioneve nuk ka nevojë për miratimin e asamblesë së aksionerëve. Nuk është e nevojshme që çmimi dhe/ose kushtet e tjera të transferimit t'u bëhet me dije aksionerëve të tjerë.

§ 11 Konfiskimi

Konfiskimi i aksioneve është i mundur.

Konfiskimi vepron mbi aksionerin e prekur me hyrjen në fuqi të vendimit të konfiskimit.

Konfiskimi i detyrueshëm i aksioneve të një aksioneri bëhet me vendim të asamblesë së ortakëve i marrë me shumicë të thjeshtë. Aksioneri i prekur ka të drejtën e votës në marrjen e vendimit për konfiskim si dhe është i çliruar nga kufizimet e § 181 BGB.

Konfiskimi i detyrueshëm lejohet vetëm nëse:

1. aksioneri e ka kaluar një pjesë të aksioneve të tij tek një palë e tretë qoftë me akt shitje apo me akt dhurimi, pa përmbushur më parë kushtet e § 10.
2. Aksionet e aksionerit, pa përmbushur më parë kushtet e § 10 paragrafi 1, mbahen të bllokuara, transferohen për siguri, u jepet e drejta e përdorimit ose sekuestrohen nga një kreditor i aksionerit në të kundërt procedohet si në këto raste dhe masat procedurale nuk mund të anulohen brenda dy muajsh.
3. Hapet një proces falimentimi mbi pasurinë e aksionerit apo hapja e një procesi të tillë refuzohet për mungesë materialese ose aksioneri ka dorëzuar një deklaratë statutore ose i është kërkuar një deklaratë e tillë.
4. Aksioneri ngre një proces likuidimi ose deklaron daljen e tij nga shoqëria.
5. Ekziston një arsye e rëndësishme lidhur me personin e aksionerit, arsye e cila justifikon daljen e tij nga shoqëria.

Nëse aksionet e pandara i takojnë disa bashkëpronarëve, sipas paragrafit 2 të § 11 konfiskimi i detyrueshëm është i lejuar kur kushtet për konfiskim të detyrueshëm plotësohen vetëm nga një nga bashkëpronarët.

Për llogaritjen e çmimit të aksioneve të konfiskuara apo të transferuara vlen § 13.



Vendimi i konfiskimit duhet të merret brenda gjashtë muajsh nga momenti i njohjes me rrethanat që çlirojnë të drejtën e konfiskimit.

Rregullat e përmendur më sipër mund të ndryshohen vetëm me vendim unanim të asamblesë së aksionerëve.

§ 12 Vazhdimësia, trashëgimia

Nëse një aksioner vdes, shoqëria mund të vazhdojë me trashëgimtarin e tij ose trashëguesin e tij.

Përsa i përket shpërndarjes së pasurisë, një pjesë e aksioneve mund të ndahet edhe pa marrë miratimin e shoqërisë, nëse personi që do të marrë aksionet është pjesë e rrethit të personave të përmendur në paragrafin 1.

Kur ekzistojnë disa pasardhës ligjorë, atëherë ata kanë të drejta dhe detyrime që duhet ti përmbushin kundrejt shoqërisë me anë të një përfaqësuesi të përbashkët apo me anë të një përmbaruesi testamentar. Përsa kohë nuk është emëruar një përfaqësues i përbashkët, rregullat e kompanisë mbeten pezull me përjashtim të së drejtës së përfitimit nga fitimi i shoqërisë. Nëse personi i autorizuar nuk është bashkëtrashëgimtar atëherë ai duhet të jetë pjesë e grupit të profesioneve ligjore dhe fiskale, profesione që janë të detyruar të ruajnë të fshehtat profesionale.

Kur një aksioner vdes, dhe si pasardhës ligjor i tij për çështjet që lidhen me aksionet apo pjesën e tij janë caktuar persona që nuk janë aksionerë, atëherë aksioneri/aksionerët e tjerë kanë të drejtën, të marrin aksionet apo pjesët në fjalë respektivisht sipas aksioneve që ata zotërojnë në shoqëri. Aksioneri/aksionerët që është/janë i/të gatshëm të marrin aksionet në fjalë duhet ti paraqesin me shkrim trashëgimtarëve brenda 3 muajsh, llogaritur nga dita e vdekjes së aksionerit, marrjen e aksioneve. Në rast pranimit të së drejtës së marrjes së aksioneve trashëgimtarët ligjorë janë të detyruar, të kalojnë aksionet në fjalë tek personat e autorizuar për ti marrë ato.

Nëse palët e përfshira në marrëveshje nuk arrijnë të bien dakord në lidhje me vlerën e kompensimit atëherë përcaktimi i kësaj vlere bëhet sipas § 13 të statutit.

Pagesa e kompensimit duhet të bëhet brenda 3 muajsh, llogaritur nga vërtetimi noterial i kontratës së transferimit. Në rast vonese aplikohen kamatëvonesat si të përcaktuara me marrëveshje midis palëve, të cilat shkojnë në 4% mbi tarifën ndërbankare në fuqi të EURO (EURIBOR) për 3 pagesa mujore. Aksionet i kalojnë marrësit duke i paguar vlerën e plotë të kompensimit.

Rregullat e përmendur më sipër mund të ndryshohen vetëm me vendim unanim të asamblesë së aksionerëve.

§ 13 Vlerësimi

Përsa kohë sipas këtij memorandumi kërkohet vlerësimi i aksioneve dhe emërimi i një aksioneri, veprkohet si më poshtë:



Vendimtare për përcaktimin e vlerës së kompensimit është vlera e aksioneve të shoqërisë, vlerë e cila duhet të përcaktohet mbi bazën e metodës së përfitimit të të ardhurave sipas standardit IDW "Parimet për vlerësimin e kompanisë IDW ES 1 n.F." të bordit profesional të auditit (HFA) datë 09.12.2004, duke marrë në konsideratë kushtet e mëposhtme:

Objekti i vlerësimit është kompensimi i aksionerit të tërhequr me kushtin e vijimësisë së kompanisë (going concern). Për rrjedhojë bazë është fitimi i përcaktuar sipas parimeve në fuqi mbi kontabilitetin për periudhën në fjalë, duke marrë në konsideratë taksat sipas pikës 4.4.1.3 "Parimet për kryerjen e vlerësimit të kompanisë IDW ES 1 n.F.". Përsa kohë tashmë kanë kaluar disa vite fiskale, si bazë duhen marrë dhe duhen vlerësuar në mënyrë të standardizuar pesë vitet e fundit fiskalë të përfunduar, duke filluar me vitin fiskal 2002/2003 (1 Tetor 2002 deri më 30 Shtator 2003), në të kundërt merren si bazë ato vite fiskale që janë mbyllur deri në momentin e përfundimit të afatit kohor, kështu rezultati do të përkojë me mesataren e thjeshtë të fitimit vjetor respektiv për vitet e marra në konsideratë. Norma e kapitalizimit e marrë si bazë për përcaktimin e vlerës së kompensimit, përbëhet nga komponenti variabël, norma bazë e interesit dhe nga komponenti fiks i primit të riskut. Primi i riskut është përcaktuar në vlerën 6,5%. Si normë bazë e interesit përdoret norma vjetore e kthimit të borxheve publike e përcaktuar në momentin e vlerësimit në terma afatgjatë. Kur norma bazë e interesit është 3.5% atëherë norma e kapitalizimit e marrë si bazë vlerësimi arrin në 10%. Vlera e kompensimit rezulton nga vlera e kompanisë e përlllogaritur në këtë mënyrë, shumëzuar me përqindjen e aksioneve që duhet të çlirohen.

Kur ndryshimi i vlerës së përcaktuar sipas parimeve të përmendura më sipër ose ndryshimi i vlerave i marrë si bazë bëhet nga autoritetet fiskale, veçanërisht në kuadrin e një auditi të jashtëm, atëherë këto ndryshime nuk kanë efekt mbi vlerën e kompensimit.

Kompensimi duhet t'i bëhet aksionerit të tërhequr brenda një afati kohor prej 6 muajsh nga momenti i dorëheqjes. Paguesa mund të bëhet edhe me këste brenda këtij afati kohor. Në rast vonese të pagesës aplikohet interes vjetor në masën 2% mbi shumën e kompensimit mbi të cilën më pas aplikohenn tarifat ndërbankare në fuqi të EURO (EURIBOR) për 3 pagesa mujore.

Nëse aksionerët nuk bien dakord për masën e kompensimit, atëherë vendimi merret nga një ekspert i autorizuar i cili merr rolin e arbitrit dhe i cili emërohet me propozim të një pjesëmarrësi nga presidenti i dhomës së industrisë dhe tregtisë në selinë e shoqërisë, ky arbitër duhet të përcaktojë edhe koston e kërkesave të tij sipas përcaktimeve të §§ 91 ff. ZPO, që është përfundimtare për të gjithë pjesëmarrësit. Eksperti i autorizuar duhet të bëjë pjesë tek profesionet audituese.

Rregullat e përmendur më sipër mund të ndryshohen vetëm me vendim unanim të asamblesë së aksionerëve.

§ 14 Njoftimet

Njoftimet e shoqërisë publikohet vetëm në buletinin federal.



§ 15 Klauzola mbrojtëse

Nëse pika të veçanta të këtij statuti janë ose bëhen të pavlefshme, kjo nuk çënon vlefshmërinë ligjore të pikave të tjera të këtij statuti. Pikat e prekura duhet të zëvendësohen me pika të vlefshme të cilat i afrohen qëllimit ligjor dhe ekonomik të synuar nga palët.

E njëjta gjë vlen edhe në rastin kur në përpilimin e memorandumit të shoqërisë krijohen hapësira të dukshme që duhen mbushur.



Deklaratë noteriale

Vërtetohet se pikat e ndryshuara të statutit në fjalë me vendim të datës 8. Maj 2007 për ndryshimin e memorandumit të shoqërisë, numri im UR-Nr. 57/2007, dhe pikat e pandryshuara me formulën e plotë të memorandumit të shoqërisë i regjistruar së fundmi në regjistrin tregtar, përputhen me njëra-tjetrën.

Zwingenberg, 3. Qershor 2007

Notere



vërtetohet se përmbajtja e fotokopjes është e njëjtë me origjinalin, që më është dorëzuar sot.

Zwingsberg, 7. Gusht 2007



Notere



Me anë të këtij dokumenti vërtetohet se përmbajtja e fotokopjes është plotësisht e njëjtë me originalin, që më është dorëzuar sot.

Zwingenberg, 7. Prill 2016



Noter

Gënjetyrë
Noter: *Evis Vasili*


-910 E 2 R

Vërtetësia e nënshkrimit të mësipërm

.....
.... *Noteri Frank Fuchs në Bensheim*.....
.....

dhe vërtetësia e vulës/pullës bashkëngjitur
vërtetohen me anë të kësaj vule. Njëkohësisht
vërtetohet që personi i përmendur më lart është
i autorizuar të ndër marrë veprime ligjore.
Dëshmia Nr. 1310 JVKostG: 20,00 Eur

Darmstadt, 11 Prill 2016
Presidenti i Gjykatës Vendore

Me porosi

Junker
Gjyqtar në Gjykatën Vendore



Sirkthyes *is Vasile*

REPUBLIKA E SHQIPËRISË
DHOMA E NOTERISË TIRANË
Nr. 667 Rep.



Tiranë, më 16/04/2016

VËRTETIM NËNSHKRIMI

Vërtetohet nënshkrimi i përkthyeses zyrtare të gjuhës gjermane, **znj. Evis VASILI**, e bija e Janaq, lindur më 01.03.1977, banuese në Tiranë, e paisur me ID me nr. H75301064U, e cila deklaroi se përktheu saktësisht dokumentin bashkëngjitur nga gjuha Gjermane në gjuhën Shqipe dhe nënshkroi rregullisht para meje. Unë, Noteri, vërtetoj nënshkrimin sipas ligjit.

NOTERE
HELENA SHËNGJERGJI (VAKO)

Helena Shëngjergji (Vako)
[Signature]



-910 E 2 R

Vërtetësia e nënshkrimit të mësipërm

.....
.... *Noteri Frank Fuchs në Bensheim*.....
.....

dhe vërtetësia e vulës/pullës bashkëngjitur
vërtetohen me anë të kësaj vule. Njëkohësisht
vërtetohet që personi i përmendur më lart është
i autorizuar të ndër marrë veprime ligjore.
Dëshmia Nr. 1310 JVKostG: 20,00 Eur

Darmstadt, 11 Prill 2016
Presidenti i Gjykatës Vendore

Me porosi

Junker
Gjyqtar në Gjykatën Vendore



Sërkthyes *Evris Vasili*

